

## **Fluglärm: Gemeinden informieren ihre Bürger**

**Versammlung** Kreispolitiker sollen Stellung beziehen

**M Kronweiler.** Der militärische Flugbetrieb und der damit verbundene Lärm im Bereich des Truppenübungsplatzes Baumholder ist Thema einer Einwohnerversammlung, zu der die Ortsgemeinden Kronweiler, Nohen und Sonnenberg-Winnenberg für Freitag, 13. September, ab 19 Uhr ins Gemeinschaftshaus Kronweiler einladen. „Dass drei Gemeinden gemeinsam ihre Bürger informieren, ist ein einmaliger Vorgang und der Brisanz des Themas geschuldet“, sagt der Kronweilerer Ortsbürgermeister Harald Benzel.

Denn die Einwohner der Anrainergemeinden des Truppenübungsplatzes leiden nach Darstellung der Ortschefs massiv unter dem Lärm der Tiefflieger, die das Militärgelände für Luft-Boden-Übungen mit scharfer Munition nutzen. Gemeinsam und mit finanzieller Unterstützung der Verbandsgemeinde Birkenfeld suchen die Gemeinden deshalb juristischen Beistand bei der auf Luftverkehrsrecht spezialisierten Berliner Anwaltskanzlei Geulen und Klinge. Ein Gutachten soll klären, ob die Ausweisung des Luftraums im Bereich des Truppenübungsplatzes als Tieffluggebiet überhaupt rechtens war.

Nach der Begrüßung durch Benzel will sein Nohener Amtskollege Norbert Helm die Gründe für das gemeinsame Vorgehen der drei Gemeinden im Detail erläutern und die Einwohner über den Sachstand informieren. Noch unklar ist laut Harald Benzel, ob bis zur Versammlung bereits eine Stellungnahme der beauftragten Kanzlei vorliegt. „Das Gutachten wird voraussichtlich Ende September fertig sein, aber möglicherweise kann die Kanzlei schon vorab eine Einschätzung abgeben“, erklärt der Ortsbürgermeister.

In einem dritten Teil sollen die Einwohner dann Fragen stellen können, und die eingeladenen Vertreter der politischen Parteienerhalten Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Ihr Kommen zugesagt haben dem Gastgeber zufolge Dr. Wolfgang Benzel (CDU-Kreisvorsitzender), MdL Hans Jürgen Noss (SPD), Bürgermeister Dr. Bernhard Alscher (Freie Liste Kreis Birkenfeld) und Tanja Krauth (Die Linke). Von den Politikern erhoffen die Gemeinden sich neue Impulse für eine einvernehmliche Lösung, wie Harald Benzel betont. „Wir sind bereit, auf einen Rechtsstreit zu verzichten, wenn die Bundeswehr uns entgegenkommt“, sagt er. mif

Nahe Zeitung vom Dienstag, 10. September 2013, Seite 19 (0 Views)